

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
Tagblatthaus.
Schalterhalle öffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich 12 Ausgaben.



Preis:
Tagblatt Nr. 6050-53.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Abgabe-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bruttolohe, M. 2.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, auswärts durch die Postämter. — Bezugs-Einstellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle des Reichs-Postamtes, sowie die Postämter in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld: die dortigen Postämter und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Zähler.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 50 Pfg. für örtliche Anzeigen; 75 Pfg. für auswärtige Anzeigen; M. 2.00 für örtliche Anzeigen; M. 2.75 für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Anzeigen-Ausschlüsse: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Bülow 6202 und 6203.

Donnerstag, 16. Oktober 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 4 C. 67. Jahrgang.

Neueste Drahtmeldungen.

Der Schiffsverkehr in der Ostsee.

(Eigener Berliner Drahtdienst des Wiesbadener Tagblatts.)
Br. Stockholm, 16. Okt. Ein hiesiges Blatt erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß nunmehr Geleitzbriefe an verschiedene Schiffe für den Verkehr mit skandinavischen Häfen von der Entente erteilt werden. Die neueste Maßnahme gegen die Ostsee-Schifffahrt ist nur eine Isolierung der Küste der Ostseeprovinzen.

Die Plöde der neuen Paktand.

(Eigener Berliner Drahtdienst des Wiesbadener Tagblatts.)
Br. Berlin, 16. Okt. Die „N. Z. Ztg.“ hört, daß die deutsche Regierung die Absicht hat, nach schlüssiger Befragung der Absicht der Neutralen mit der Entente in einen Gedankenaustausch über die Plöde der neuen Paktand einzutreten und zu hören, wie sich die Entente die Durchführung der Plöde der neuen Paktand und die deutsche Beteiligung denkt.

Rüme.

W. T. B. Amsterdam, 16. Okt. Das Reutersche Bureau meldet aus Rom vom 15. Okt., daß Litterati der Friedensbewegung einen neuen Vorschlag übermitteln, wonach ein unabhängiger Staat Rümme, der auch Atria und Aelberg umfassen soll, unter dem Schutze des Völkerbundes steht, wo den Völkern Rümme ein Pufferstaat zwischen Italien und Südspanien werden. Der Nationalrat von Rümme soll diesen Plan gutgeheißen haben.

Das größere Norwegen.

W. T. B. Christiania, 16. Okt. Anknüpfend an die vom norwegischen Gesandten in Paris bei dem Festbankett in Christiania zur Feier der Erwerbung Spitzbergens gebrauchte Rede von einem größeren Norwegen wird in der Presse der Möglichkeit erörtert, daß Norwegen das Mandat des Völkerbundes zur Verwaltung Deutsch-Ostpreussens erhalten könnte. „Sozialdemokraten“ bemühen sich um die Abwehr von solchen Angriffen gegen den Minister des Aussen. — „Norgesblad“ veröffentlicht ein Dementi des Ministers des Aussen, daß ein solches Angebot erfolgt sei.

Das Baltikum.

Br. Riga, 16. Okt. Die Letten griffen heute im Morgengrauen mit einem Panzerzug von Riga aus an die russischen Grenzposten an. Die Vorhut der Russen liegt in der Nähe von Riga unter schwerer Feuer der lettischen Artillerie, während die Russen Riga bisher nicht beschiesen.

Amaloff und Judentum.

Br. Riga, 16. Okt. Oberst Amaloff-Bermondot beauftragte den Funkdienst des Generals Judentum, worin dieser im zum Generals an der Heimat erkläre und mit seinen Truppen aus den Verbänden der Nordwestfront zurückzuziehen, mit einem Funkdienst, worin Oberst Amaloff seinen Auftrag gegen die lettischen und estnischen Truppen mit der Notwendigkeit der Sicherung seiner Truppen beauftragte und die Hoffnung ausdrückte, durch die folgenden Operationen seinem Vaterland wie auch der Nordarmee zu nützen.

Der Bombardeur auf Peterburg.

Br. Amsterdam, 16. Okt. Die „Times“ meldet aus Moskau, daß die Luft des Generals Judentum an der Bahn nach Peterburg rasch vordringt. Bolosow, 40 Meilen von Peterburg, wurde am Sonntag genommen, dabei fielen mehr als 1000 Gefangene und mehrere Kanonen und Panzerwagen den freiwilligen Truppen in die Hände. Die freiwilligen Truppen näherten sich dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Ruzo bis auf 8 Meilen. Pleskau ist wieder genommen. Die russischen freiwilligen Truppen drängen jetzt Tag für Tag 15 Meilen vor. Die bolschewistischen Truppen werden vor Denzins Angriffen zurück. Es geht das Gerücht, daß die Sowjetministerien in Petersburg am Donnerstag geschlossen waren und daß alle Arbeit stillsteht.

Graf v. d. Goltz.

Br. Berlin, 15. Okt. Laut Abendblätter ist von einem angeblichen Rücktrittsgesuch des Grafen v. d. Goltz an der Berliner zuständigen Stelle nichts bekannt. Der General wird in den nächsten Tagen in Berlin erwartet. Erst dann wird man über etwaige Rücktrittsbefehle Mitteilung machen können. Die Rücknahme des Baltikums durch die Truppen die dem Befehl der Regierung Folge leisten, wird im Verlauf dieser Woche beendet sein. Ein beträchtlicher Teil ist in russische Dienste getreten und hat sich damit dem deutschen Einfluß entzogen.

Rinnland lehnt das Friedensangebot Österreichs ab.

Br. Orlingburg, 15. Okt. Die finnische Regierung befiel sich mit dem Friedensangebot Österreichs und beschloß, dem Reichstag einen ablehnenden Vorschlag vorzulegen.

Gegenwart und Zukunft Deutsch-Osterreichs.

Eine Rede des Staatssekretärs Dr. Bauer.

W. T. B. Wien, 16. Okt. (Korr.-Ber.) Staatssekretär Dr. Bauer führte gestern in einer Besprechung über Gegenwart und Zukunft von Deutsch-Osterreich. Er sprach u. a. aus: Der Anschluß an Deutschland war notwendig, weil wir wirtschaftlich allein nicht bestehen könnten. Diese Notwendigkeitsbegriffe zu haben, war ein Beweis der großen politischen Reife der Bevölkerung. Würde das Völkergut ebenso einig und fest gewesen, so hätten wir einen Anschluß erzielt können. Heute wäre mit einer Volksabstimmung nichts mehr auszurufen, weil der Friedensvertrag nicht nur uns, sondern auch Deutschland bindet. Aber auch heute sehen alle, daß Deutschland doch in einer unvermeidlich besseren Lage ist als wir. Deutschland ist kein lebensfähiger Körper und wird nicht anders existieren können als mit fremder Hilfe, die sehr teuer ist und mit Preisgabe unserer Selbstständigkeit erkaufte werden muß. Kein Volk in Europa leidet so schwer wirtschaftlich und auch seelisch wie Deutsch-Osterreich. Hier können wir jetzt weder kapitalistisch noch sozialistisch regieren. So können wir heute auf dem Weg zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr mit solcher Energie vorgehen, wie wir wollten. Derjenige, der vom Ausland Kredit haben will, kann nicht exportieren. Hinsichtlich eines Zusammengehens der Sozialdemokraten mit den Christlich-Sozialen betonte Bauer die Koalition sei die einzige Möglichkeit, das Land zusammenzubehalten. Man muß den Versuch machen, das Volk vor der Verhungerrna zu bewahren. Wenn trotzdem die Katastrophe nicht aufzuhalten werden könnte, dann treffe uns keine Verantwortung.

wend g. weil wir wirtschaftlich allein nicht bestehen könnten. Diese Notwendigkeitsbegriffe zu haben, war ein Beweis der großen politischen Reife der Bevölkerung. Würde das Völkergut ebenso einig und fest gewesen, so hätten wir einen Anschluß erzielt können. Heute wäre mit einer Volksabstimmung nichts mehr auszurufen, weil der Friedensvertrag nicht nur uns, sondern auch Deutschland bindet. Aber auch heute sehen alle, daß Deutschland doch in einer unvermeidlich besseren Lage ist als wir. Deutschland ist kein lebensfähiger Körper und wird nicht anders existieren können als mit fremder Hilfe, die sehr teuer ist und mit Preisgabe unserer Selbstständigkeit erkaufte werden muß. Kein Volk in Europa leidet so schwer wirtschaftlich und auch seelisch wie Deutsch-Osterreich. Hier können wir jetzt weder kapitalistisch noch sozialistisch regieren. So können wir heute auf dem Weg zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr mit solcher Energie vorgehen, wie wir wollten. Derjenige, der vom Ausland Kredit haben will, kann nicht exportieren. Hinsichtlich eines Zusammengehens der Sozialdemokraten mit den Christlich-Sozialen betonte Bauer die Koalition sei die einzige Möglichkeit, das Land zusammenzubehalten. Man muß den Versuch machen, das Volk vor der Verhungerrna zu bewahren. Wenn trotzdem die Katastrophe nicht aufzuhalten werden könnte, dann treffe uns keine Verantwortung.

Revolutionäre Gärung bei den Slowaken.

Br. Berlin, 15. Okt. Nach der „Voss. Ztg.“ nahm die revolutionäre Gärung in der Slowakei und in ganz Oberungarn einen solchen Umfang an, daß die Prag-Regierung sich veranlaßt sah, Peter Miksa sowie einen großen Teil der slowakischen Führer, die feuergeil den Anschluß an die Tschechoslowakei durchzuführen, zu verhaften und die Miliz in die Gegend zu versetzen. Die Slowaken fordern die vollständige Autonomie. Die Bewegung hat bereits auf die von Ruthenen bewohnte Karpatengegend übergriffen, wo sie stellenweise einen durchaus russisch-bolschewistischen Charakter angenommen haben soll. Auch in Kaschau haben die Slowaken eine große Aufstandsbedrohung organisiert, deren Programm die völlige Unabhängigkeit der slowakischen Gebiete und der Abschaffung von Prag, aber auch die Unabhängigkeit von Ungarn ist. In Solva wurde eine selbständige Karpaten-russische Republik proklamiert.

Die Lage in der Türkei.

Br. Bern, 15. Okt. Wie der Korrespondent des „Corriere della Sera“ aus Konstantinopel berichtet, wurde bei einer Zusammenkunft der Führer der nationalistischen nationalistischen Bewegung auch die eventuelle Absetzung des Sultans und die Einsetzung eines neuen Kalifen erörtert. Um der nationalistischen Bewegung eine größere Geschlossenheit und mehr Kraft zu geben, wurde mit Rücksicht die Anerkennung und Unterstützung derselben durch die nationalistische Regierung verlangt. — Mustafa Kemal-Pascha verfügt über ein Heer von 850 000 Mann, das er unter eine reguläre Regierung gestellt sehen will. Die Führer der nationalistischen Bewegung würden an ihren nationalistischen, religiösen und patriotischen Zielen festhalten, aber, wie der Korrespondent weiter meldet, gehen die Reihen zum Teil eigene Wege, um unerfüllbare Wünsche zu befriedigen, was bereits zu bolschewistischen Reaktionen geführt haben soll. Die Führer geben die Hoffnung nicht auf, den Sultan zu gewinnen, zumal auch die Armee der Verbündeten in Konstantinopel einer Verständigung mit Kemal-Pascha nicht abgeneigt sind.

Br. Amsterdam, 16. Okt. Die „Times“ meldet aus Konstantinopel, daß zwischen dem neuen Kalifen und der nationalistischen Organisation Verhandlungen stattfinden. Mustafa Kemal teilte die Bedingungen mit, unter denen seine Partei bereit ist, die Regierung zu führen. Diese Bedingungen sind: 1. Die Regierung erkennt die gesetzlichen Bestimmungen der Kongresse von Erzurum und Sinas an. 2. Bis zum Zusammentritt des Abgeordnetenhauses und der Errichtung einer wirksamen Kontrolle über das Kabinett kann letzteres keine Verbindlichkeiten eingehen, die auf die Zukunft der Türkei von Einfluß sind. 3. Die türkischen Delegierten bei der Friedenskonferenz müssen sich aus Männern zusammensetzen, die die Achtung und das Vertrauen der Türkei besitzen. Kemal erklärte, daß, wenn die Regierung diese Forderungen annimmt, auch gewisse andere Fragen leicht gelöst werden können.

Br. Amsterdam, 15. Okt. Das Pressebureau Radio meldet: Wie die Associated Press aus Sinas berichtet, hat der türkische Nationalistenführer Kemal-Pascha Befehle, Armenen zu respektieren.

Deutschland.

Das Rentum und die „Rheinische Republik“.

Br. Berlin, 16. Okt. Zum Vorgehen von 23 sogenannten Ausschüssen von Städten im besetzten Rheinland für Errichtung einer Rheinischen Republik betonte die „Germania“, daß die Zentrumspartei mit dieser Angelegenheit nichts zu tun habe, und daß es sich um ein Privatunternehmen einer mehr oder minder größeren Anzahl von Leuten handle, für das die Verantwortung zu übernehmen, die Zentrumspartei ganz entschieden ablehnen muß.

Die Organisation der belgischen Finanzverwaltung.

W. T. B. Darmstadt, 16. Okt. Die heftige Volkskammer nahm heute vormittag die Regierungsvorlage, betreffend die Organisation der Finanzverwaltung,

einstimmig an. Ferner nahm sie die Regierungsvorlage betreffend die Versorgungsansprüche der Staatsbeamten und ihrer Hinterbliebenen, die Bildung eines Hilfsfonds und die Schaffung von Betriebsmitteln an. In der Debatte erklärte der Präsident des Landernährungsamtes, daß in nächster Zeit ein Landeswucherrat für Hessen errichtet werden soll.

Das Befinden des Abgeordneten Haase.

Br. Berlin, 16. Okt. Das Allgemeinbefinden des Abg. Haase hat sich im Laufe des gestrigen Tages und der vergangenen Nacht gebessert. Eine Gefahr für das Leben Haases besteht nicht.

Der Berliner Metallarbeiterstreik.

Br. Berlin, 15. Okt. Wie der Deutsche Metallarbeiterverband mitteilt, wurde in der heutigen Sitzung der Funfzweck-Kommission und der Gewerkschaftskommission der Streik der Heizer und Kaschnisten für kommenden Sonntag beschlossen, da die Antwort auf das verlängerte Ultimatum von den Metallindustriellen nicht eingegangen ist. Es herrscht Einmütigkeit darüber, daß die Notstandsarbeiten weiter berichtet werden, desgleichen werden die Arbeiten in den Wasserwerken fortgeführt. Auch wird Sorge getragen, daß die Lebensmittelzufuhr nicht stockt.

Br. Berlin, 15. Okt. Der Verband der Berliner Metallindustriellen erhielt ein Schreiben des Reichsarbeitsministers aus Stuttgart, in dem die Annahme des Vermittlungsvorschlags vom 8. Oktober nahegelegt wird. Der Verband hält heute nachmittag 12 Uhr eine Konferenz ab, in der er zu dem Schreiben Stellung nehmen wird. Die Metallarbeiter verschoben auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers ihre Stellungnahme auf den Nachmittag.

Zeitungsstreik in Berlin.

Br. Berlin, 16. Okt. Die im Verlage von Söcher und Koffe erscheinenden Blätter konnten heute wegen Streiks nicht gedruckt werden.

Die Nationalversammlung.

Br. Berlin, 15. Oktober.

Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung um 1.00 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend den deutsch-polnischen Vertrag über die Entlassung festgehaltenen Polonen, und die Gewährung von Straffreiheit.

Minister des Aussen Müller: Der vorliegende Vertrag ist eine Ergänzung des Friedensvertrages. Wir hatten ein besonderes Interesse an der schnellen Regelung der Verhältnisse zu unseren polnischen Nachbarn. Die Verhandlungen bewiesen die Herstellung korrekter Beziehungen. Dieses Sonderabkommen ist dem Friedensvertrag vorweggenommen. Besondere Kommissionen sollen eingesetzt werden. Wir hoffen, daß dieser Vertrag die Beziehungen zu Polen fördert, auf das wir nun einmal angewiesen sind.

Der Gesetzentwurf wird danach in allen drei Lesungen ohne weitere Aussprache angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Haushaltsberatung beim Haushalt des Reichspräsidenten. Dieser wird erledigt. — Sodann wird die

Aussprache über die Postverwaltung.

fortgesetzt. Abg. Bäuermann (D. Vpt.) befragt die Einleitung des Postverkehrs. Im Telegraphen- und Telephonverkehr dürfte das Publikum Selbstschutz haben. — Abg. Julell (N. S.): Wie ist unter den Postbeamten in die neue Zeit nicht fügen kann, muß entfernt werden. Die Leddenwirtschaft im Telephonbetrieb muß ein Ende nehmen. — Abg. Steinbock (Zep.): Es ist erfreulich feststellen zu können, daß auf den Postverkehrsarbeiten die Arbeitsfreudigkeit zur alten Höhe zurückkehrt. — Abg. Koch-Rüchler (Zem.): Viele Beamten sind der Meinung, daß ihnen mit dem Recht der Vereinnahmung auch das Streikrecht zustehen. Aber jedes Spiel mit dem Streik ist zu vermeiden.

Reichsminister für Gießerei: Der Verkehrsschwierigkeiten werden wir erst Herr werden, wenn wir wieder im Dienst großmündigen pflichttreuen Beamtenpersonal haben. Die Großher, so weit sie sich nicht zur Übernahme in den ständigen Dienst eignen, müssen abgelehnt werden. Es soll dabei nicht rigoros vorgegangen werden. Bezüglich der Feuerungsanlage können wir nicht selbstständig vorgehen. Doch wird die Postverwaltung ihrerseits keinen billigen Forderungen entgegen sein. Verhandlungen wegen Abkaffung der Gebührenfreiheit sind im Gange. An den Beamtenauschüssen Anderungen vorzunehmen, vor Verabschiedung des Betriebsratsgesetzes, wäre unpraktisch.

Abg. Kemers (Dem.): Die Beamtenchaft rechnet mit Bestimmtheit auf eine gründliche Reform. Die Postfreiheit wird durch zu Parteigeworden mißbraucht, besonders auf militärischem Gebiet.

Tamit schließt die Besprechung. Der Reichshaus wird angenommen.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß am 25. d. M. eine Pause noch nicht eintreten kann. In dieser Woche sollen das Reichsamt des Innern und das Reichsamt des Aussenministeriums erledigt werden, in der nächsten Woche das Auswärtige Amt, in der dritten Woche sollen in Vor- und Nachmittagsstunden der der zweiten Lesung, die dritte Lesung und die Reichsabgabebestimmung erledigt werden. Es muß das Reichsamt noch erledigt werden können, benannt werden. Die Zeitverschwendung, die teilweise durch die Höhe der Gehälter ist, entspricht nicht der Würde des Hauses. Wenn wir unsere Arbeiten bewältigen wollen, müssen wir uns auf große Gesichtspunkte beschränken. Es könnte dann am 30. Oktober eine Pause von 2 Wochen eintreten.

Wiesbadener Nachrichten.

Wählerversammlungen.

Die Deutschnationale Volkspartei hat gestern Abend eine Versammlung abgehalten, die einen so guten Eindruck auf die Stadtverordnetenwahl bildete, wie man es früher von der konservativen Partei nicht gewohnt war.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Gruppe Wiesbaden) hatte im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Wählerversammlung abgehalten, in der die Stadtverordneten Dietrich und H. Müller Verzicht auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Stadtrat erklärten.

hinweis, da der neuen Stadtverordneten-Versammlung barren und der die Wähler eindringlich zur Teilnahme mahnte.

Wichtig für Rentnerempfänger. Die Versorgungsabteilung des Kontrollamts Wiesbaden teilt mit, dass die Krüppelrentner, die als Rentnerempfänger zum 1. April 1919 erneut einberufen worden sind, deren Versorgungsgebühren während der Zeit ihrer Wiederherziehung bis zu sieben Zehntel der bezogenen Wohnung gerührt haben.

Lustiger Abend im Kurhaus. Auch der harmlose Humor vergangener Tage ist sich überlebt zu haben. Es ist daher in Zeiten der Umwälzungen auf allen Gebieten gesocht worden und noch bringen, die Dinge mit Würde in jener Fröhslichkeit zu betrachten, die ehemals Personen verbreitete.

Zum Jubiläum im Kassauischen Landestheater. Wie wir von der Anwesenheit hören, waren auch von den Parteien einnehmern, Garderobe- und Parkfrauen verabschiedet schon im alten Saal tätig und können daher auf eine längere als 20-jährige Tätigkeit im Dienst des Theaters zurückblicken.

Insula. In der behaglichen Stube schenken sich ein junger Mann aus Berlin in ungehöriger Weise einem in der Stadt wohnenden Mann, der einen Besuch erlit.

Kassauisches Landestheater.

Mittwoch, den 15. Okt.: zum erstenmal: „Gespensterfonate“. Komödie in 3 Akten von Strindberg. Der Dichter gibt folgendes Bild von der Verwirrung: Gesundes, gut ges Meinentum gibt es nicht. Verbrechen, Geheime und Schuld binden die Menschen aneinander.

Der tausend Schmerzen leidet über das Grausen, das er bilden muß. Das Kommerzial ist von einer unentrinnbaren Gewalt. Alle Schauer einer Kunst im Sinne von César Allan Poe und E. T. A. Hoffmann sind vereinigt und führen das Werk zu grandioser Erregung.

Handelsteil.

Berliner Börse.

mz. Berlin, 15. Okt. Die traurigen Valutaverhältnisse und die weitverbreitete Ansicht von großer Auslandskaufen in den Aktien für rentable behaltene Industriepapiere führte der Börse neue Käufer zu.

Table with columns: Div., Bank-Aktien, Industrie-Aktien, Div., and various stock names like Berliner Handelsges., Deutsche Bank, etc.

Table titled 'Berliner Devisenkurs' showing exchange rates for various countries like Holland, Dänemark, Schweden, etc.

Reklamen. Hotel Fürstenhof, Leipzig. Haus I. Ranges. Einheitspreise. 30 Bäder, Sitzungszimmer, alle Zimmer m. fließ. Wasser.

irgendwie für das Kommen beiratschelt, wird niemand behaupten wollen. Sehr wichtig war der Einleitungsbericht von Herr Dr. Stahl aus Heidelberg.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Das Buch von Feldmarschall Hindenburg von Paul von Hindenburg, das seit langem sorgsam vorbereitet, aus besonderer Veranlassung erst nach dem Friedensschluss zur Veröffentlichung gelangt.

